

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 8 gehaltene Kolonell-Zelle 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Die Steigerung der Ernährungskosten von den Unternehmern anerkannt.

In der „Chemiker-Zeitung“ finden wir folgende Notiz über die Verpflegungssätze bei der Beschäftigung von Kriegsgefangenen:

Für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Industrie entsprechen die Rückvergütungen für Verpflegung und Unterkunft keineswegs den jetzigen hohen Lebensmittel- und Materialpreisen und legen daher den Werken, welche Kriegsgefangene beschäftigen, eine nicht unerhebliche Last auf. Der Normallohn für die Unterkunft in Höhe von 0,15 M. für den Tag und Kopf könnte einigermassen als ausreichend betrachtet werden, sofern eine sehr große Anzahl von Kriegsgefangenen an ein und derselben Stelle untergebracht werden kann. Dagegen trägt der Satz für die Verpflegung auch jetzt der fortwährenden Teuerung der Lebensmittel nicht genügend Rechnung. Die Selbstkosten der Industrie dürften jetzt mindestens, wenn man die von der Militärverwaltung eingeführte Skala berücksichtigt, bei einer Beschäftigung von 1 bis 50 Mann je 1,80 M. für 1 Tag, von 51 bis 200 Mann je 1,70 M. für 1 Tag und von mehr als 200 Mann je 1,60 M. für 1 Tag betragen. Der stellvertretende Kriegsminister, der Finanzminister und der Staatssekretär des Innern sind ersucht worden, im Interesse der Industrie die Verpflegungssätze sobald wie möglich auf die angegebenen Zahlen zu erhöhen.

Diese Notiz sowie die erwähnte Eingabe an die Regierung enthalten ein wichtiges Zugeständnis. Es wird darin gesagt, daß die täglichen Selbstkosten für die Verpflegung eines Kriegsgefangenen 1,80 M. täglich betragen, wenn nicht mehr als 50 Gefangene gleichzeitig verpflegt werden können. Damit ist eine außerordentliche Verteuerung der Lebenshaltung von den Unternehmern ausdrücklich anerkannt. Zugleich aber haben die Herren so etwas wie ein Existenzminimum festgelegt. Wir dürfen doch wohl erwarten, daß die Unternehmer, die ihren Patriotismus ja meist recht deutlich ins Licht rücken, ihren Arbeitern nicht zumuten werden, mit weniger pro Tag auszukommen, als sich schlechter zu ernähren, als die Kriegsgefangenen ernährt werden. 1,80 M. pro Tag muß also jeder Arbeiter für seine Ernährung allermindestens einsehen dürfen! Es wird auch, so hoffen wir, jeder einsichtige Unternehmer zugestehen, daß die Frau eines Arbeiters für ihre Ernährung mindestens denselben Betrag haben muß, der für einen Kriegsgefangenen aufgewendet wird, also gleichfalls 1,80 M. pro Tag. Für die größeren Kinder wird man eigentlich nicht viel weniger einsehen können. Weil das jedoch schwerer zu bemessen ist, wollen wir für jedes Kind nur durchschnittlich die Hälfte, also 90 Pf. pro Tag, als Ernährungskosten ansetzen. Eigentlich müßten ja alle diese Summen etwas nach oben aufgerundet werden, denn die Familie kann nicht so im großen und deshalb nicht so billig einkaufen wie der Unternehmer, der 50 Gefangene beschäftigen muß. Doch lassen wir es bei den von den Unternehmern als Mindestbetrag ausgerechneten Summen und stellen wir danach ein Exempel auf, um zu ermitteln, was denn nun heute eine Familie zur Ernährung braucht. Wir nehmen die deutsche Durchschnittsfamilie, die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht. Diese hätte dann für die Ernährung aufzuwenden pro Woche:

Für den Mann	7	×	1,80 M	=	12,60 M		
Für die Frau	7	×	1,80 M	=	12,60 M		
Für drei Kinder	3	×	7	×	0,90 M	=	18,90 M
Für die Familie pro Woche						44,10 M	

Bierundvierzig Mark und zehn Pfennig pro Woche allein für die Ernährung! Und das bei Beschränkung auf das Alleräußerste, bei Vermeidung aller überflüssigen Ausgaben! Denn die Ernährung der Kriegsgefangenen ist Beschränkung auf das Notwendigste unter Ausschaltung aller Ausgaben für Genussmittel. Deshalb ist es gewiß auch nicht zu viel verlangt, wenn wir für die Ernährung der Arbeiterschaft allermindestens den Betrag als Kosten ansetzen, den die Unternehmer für die Verpflegung der Kriegsgefangenen fordern.

Wieviel Arbeiterfamilien können denn nun aber 44 M. pro Woche für die Ernährung aufwenden? Die meisten Familienväter verdienen die ganze Woche nicht soviel. Und die Familie braucht doch auch noch Wohnung, Kleidung, Heizung und dergleichen! Der Arbeiter in der Großstadt muß heute mindestens 300 M. jährlich für Miete aufwenden; das sind etwa 6 M. pro Woche. Für Heizung und Kleidung wollen wir nur die Hälfte, also 3 M. pro Woche, ansetzen. Dann braucht er schon 44 und 9 gleich 53 M. Verdienst die Woche um durchkommen zu können. Und ein klein wenig sollte doch auch für andre Aufwendungen übrig sein! So ganz und gar kann doch selbst der bescheidenste Arbeiter nicht auf jeden Genuss, jede Annehmlichkeit des Lebens verzichten! Trotzdem unterlassen wir es, hier einen bestimmten Betrag dafür einzusetzen. Man soll uns nicht nachsagen können, wir hätten unberechnete Forderungen auf. Wir sind sogar bereit, die 3 M., die in unserer Rechnung für Heizung, Heizung usw. eingesetzt sind, noch zu streichen. Dann bleiben 50 M. pro Woche als Existenzminimum für eine Familie mit drei Kindern.

Für eine Familie mit nur zwei Kindern würden die reinen Ernährungskosten (also ohne Wohnungsmiete) 37,80 M. pro Woche betragen. Das ist, was wir als bemerkenswert hervorheben wollen, beinahe dieselbe Summe, die der bekannte Statistiker R. Calwer für den Monat Dezember 1915 errechnet hat. Noch

dessen Zusammenstellung, die sich auf die Lebensmittelpreise in 200 Großstädten aufbaut und die Nation eines deutschen Marine-Soldaten als Ernährungseinheit zur Grundlage nimmt, waren im Dezember 39, 33 M. für die Ernährung einer aus Mann, Frau und zwei Kindern bestehenden Familie erforderlich. Also nur 1,53 M. mehr als nach der Angabe der Unternehmer.

Die Uebereinstimmung der von den Unternehmern aufgemachten Rechnung über die Ernährungskosten mit den Berechnungen Calwers ist deshalb bemerkenswert, weil die letzteren gerade in letzter Zeit von den Unternehmern vielfach als irreführend angefochten wurden. Speziell die „Arbeiter-Zeitung“ hat sich redliche Mühe gegeben, die Berechnungsgrundlagen der Calwerschen Erhebungen zu erschüttern und den von ihm als zur Ernährung notwendig ermittelten Betrag als viel zu hoch hinzustellen. Die Unternehmer hatten und haben ja ein Interesse daran, die Wirkung der allgemeinen Preissteigerung auf den Arbeiterhaushalt als gering hinzustellen, weil sich dann Forderungen und Wünsche der Arbeiter auf Lohnzulagen leichter ablehnen und abweisen lassen.

Nun ist den Schönfärbern das Konzept verdorben. Mit einer die Calwerschen Nachweise weit übertreffenden Eindringlichkeit haben Unternehmer darzulegen, daß die Ernährungskosten eine Höhe erreicht haben, die bedenkliche Folgen haben muß, wenn nicht die Löhne der Arbeiter eine entsprechende Erhöhung erfahren, und zwar ist es nicht getan mit einer kleinen Beschäftigungszulage, mit einer Pfennigregulierung, mit einem geringen Prozentschlag. Die Not der Zeit erfordert durchgreifende Hilfe; es müssen Lohnaufbesserungen gegeben werden, die das im Frieden übliche Maß übersteigen.

Man kann einwenden, daß es manchem Unternehmer schwer fällt, jetzt der Teuerung entsprechende Zulagen zu geben. Solche Fälle werden vorkommen. Aber sie sind vereinzelt. Im allgemeinen ist der Verdienst derjenigen Unternehmer, die überhaupt Arbeiter weiter beschäftigen können, so, daß sie eine ausreichende Erhöhung der Arbeitslöhne tragen können. Möglich, daß ihr Gewinn dann geringer wird, möglich auch, daß manche einmal ohne Gewinn abschließen oder gar einen Verlust zu tragen haben. In den meisten Fällen wird auch das von ihnen getragen werden können. Die meisten Unternehmer haben wirtschaftliche Reserven für schlechte Jahre zurücklegen können; auf die müssen sie zurückgreifen. Die Arbeiter haben solche Reserven eben nicht ansammeln können, deshalb führt bei ihnen jede Preissteigerung zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung, wenn sie nicht durch Lohn-erhöhungen ausgeglichen werden kann.

Daß unsere Rechnung einwandfrei ist, werden die Unternehmer nicht wohl bestreiten können. Welch befremdendes Zeugnis würden sie sich ausstellen, wenn sie jetzt sagen würden: 1,80 M. pro Tag und Person für die Ernährung ist zuviel verlangt! Damit würden sie entweder zugestehen, daß sie die Regierung belogen haben, daß sie tatsächlich mit weniger auskommen als sie fordern, oder sie würden damit sagen, daß der deutsche Arbeiter nicht so hohe Ansprüche an seine Ernährung stellen darf, wie die Regierung sie für die Kriegsgefangenen stellt. Das eine ist für die Unternehmer so unumgänglich wie das andre. Also werden sie nicht umhin können, Eingaben der Arbeiter um Lohn-erhöhung, die mit der von Unternehmern aufgestellten Berechnung begründet werden, sorgfältig zu prüfen und — selbstverständlich — den Lohn der Arbeiter mit den gestiegenen und noch immer steigenden Lebenshaltungskosten in Einklang zu bringen. Die Probe aufs Exempel wird gewiß gemacht werden. Es soll uns freuen, wenn wir berichten können, daß die Unternehmer überall die rechten Folgerungen aus ihrer eigenen Rechnung gezogen haben.

Die Erziehung der Jugend.

Die „Ertüchtigung der Jugend“, von der schon vor dem Kriege vielfach die Rede war und zu der recht viele Vorschläge gemacht wurden, wird durch den Krieg in eine ganz bestimmte Richtung gedrängt. Statt „Ertüchtigung“ heißt es heute „Wehrhaftmachung“ der Jugend, eine Wortänderung, die den Unterschied zwischen einst und jetzt scharf hervorhebt. Vor dem Kriege stand ein Teil selbst der bürgerlichen Jugend-erziehungsbefürworter in scharfem Gegensatz zu der sogenannten Jugendwehrbewegung — heute sind so gut wie alle Richtungen einig in der Auffassung, daß die Jugend-erziehung die Vorbereitung für den Militärdienst wenn nicht zum ausschließlichen Zweck haben, so doch als ein wesentliches Mittel betrachten muß.

Die Behörden sind natürlich eifrig bemüht, die Militarisierung der Jugend zu fördern. Zahlreiche Jugendwehrvereine sind neu gegründet und finanziell unterstützt worden. Die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, vor allem die Fortbildungsschüler, sind, teils durch mehr oder minder einträgliche Ermahnungen, bereinzelt aber auch durch direkte Strafandrohungen bewanlagt worden, an solchen Vereinen sich zu beteiligen. Kürzlich ist überdies offiziell angekündigt worden, daß ein Reichs-Jugendwehr-Gesetz in Aussicht steht, das alle Jugendlichen in einem gewissen Alter zur Teilnahme an Jugendwehr-Beranstaltungen verpflichten wird. Näheres darüber ist noch nicht bekannt geworden.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Erziehung der Jugend eine ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe ist. Eine andre Frage ist

es, ob man dieser Aufgabe gerecht wird, wenn man die Erziehung für den Kriegsdienst in den Mittelpunkt dieser Erziehungsbestrebungen rückt. Wir bezweifeln das sehr. Es besteht mindestens die Befürchtung, daß eine nach rein militärischen Gesichtspunkten eingestellte Jugendpflege die körperliche Ausbildung sehr einseitig gestalten und die geistige völlig vernachlässigen wird. Wirklich erfolgreich im guten Sinne des Wortes kann die Jugend-erziehung nur werden, wenn sie einem Ideal — wie es die Heranbildung zu körperlich, geistig und sittlich hochwertigen Menschen ist — nachstrebt. Ohne ein ideales Ziel alle Jugend-erziehung armfelliger, unfruchtbarer Drill. Die Heranbildung für den Krieg ist aber kein Ideal. Der Krieg ist kein Kulturbau, kein Menschheitsideal, sondern, das hat sich in den 18 Kriegsmo-naten ja wohl deutlich genug gezeigt, ein kulturwidriges Uebel. Eine Jugend-erziehung, die nur, oder in der Hauptsache, darauf eingestellt ist, Krieger, also Soldaten, zu schaffen, kann diesen ihren Zweck erfüllen, daneben auch noch die eine oder andre gute Seite haben, aber eine wirkliche Ertüchtigung der Jugend, d. h. eine Steigerung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten, die Auslösung aller im Menschen schlummernden sittlichen und moralischen Kräfte, die Bedeung des persönlichen und sozialen Pflichtgefühls wird eine „militärische“ Jugend-erziehung nie und nimmer erreichen.

Der Krieg hat dafür einige zum Nachdenken zwingende Belege geliefert. Allgemein geht das Urteil dahin, daß die Jugend — von der älteren Schuljugend bis hinauf zu den bald Landsturmpflichtigen — durch die Verhältnisse und die Stimmungen, die der Krieg geschaffen hat, sehr ungünstig beeinflusst wird. Aus manchen Großstädten werden darüber sehr bedenkliche Nachrichten verbreitet. Wie weit die Dinge gebieter sind, geht wohl auch aus den einschneidenden Verordnungen der militärischen Behörden hervor. Noch deutlicher sprechen die Zahlen der Kriminalstatistik. Danach ist die Kriminalität der Jugendlichen in der Kriegszeit stark gestiegen. Einige bemerkenswerte Angaben machte darüber kürzlich Pastor Dr. Siegmund Schulze auf einer von der Zentrale für Jugendfürsorge in das preussische Herrenhaus einbrachten Verammlung. Er führte dort aus: „Vom 1. September 1915 bis 31. Dezember 1915 sind der Beratungskommission der Zentrale im ganzen 840 Fälle überwiesen worden. Davon waren 152 unter 17 Jahren, und von diesen wieder standen 68 im Alter von weniger als 12 Jahren, 64 im Alter von 12 bis 14 Jahren und 20 im Alter über 14 Jahren. Die Delikte betrafen Auswachen aus dem Hause, Hochverrat, unzüchtigen Verkehr, verbotenen Kino- und Lokalbesuch, ungelanges Umhertreiben, Ueberrachten in Kellern usw. Im Jahre 1913 wurden den Berliner Jugendgerichten 1783 Fälle überwiesen, 1914 waren es 1702, im Jahre 1915 dagegen 2927 Fälle. In dieser Steigerung sind die 12- bis 14jährigen am meisten beteiligt. Die Kriminalität der Mädchen ist zurückgegangen bei denen über 16 Jahren, bei den 14- bis 16jährigen hat eine Steigerung und bei den 12- bis 14jährigen eine bedeutende Steigerung eingeleitet. Die gleiche Erfahrung hat man in den verschiedensten Städten des Reiches gemacht. In Leipzig hat sich die Zahl der 12- bis 14jährigen Mädchen vor Gericht verdreifacht. In Plauen waren es im ersten Vierteljahr 6, im zweiten 10, im dritten 22 und im vierten wieder 23 Fälle von 12- bis 14jährigen Mädchen vor Gericht.“ Ohne Frage ist das Fehlen des Vaters der Hauptgrund für das Ansteigen der Jugend-erziehung. Auch die Mütter müssen jetzt mehr als früher auf Arbeit gehen, so daß eine weit größere Kinderzahl ohne elterliche Aufsicht ist als früher. Aber neben diesen Ursachen wirkt auch die allgemeine Kriegsstimmung in der Jugend, von der jeder Großstadtbewohner, besonders in den ersten Kriegsmo-naten, nur allzuoft Zeuge sein mußte, ungünstig auf die Jugend ein. Das wurde von Pastor Schulze in seinem oben erwähnten Vortrag auch ausdrücklich gesagt. Ja, die Stadt Ulm berichtet direkt von einer „Verwilderung der Jugend in Folge des kriegerischen Lebens in der Stadt“. Wer die Jungen — und teilweise auch die Mädchen — beobachtet hat, wie sie mit Säbeln und Hinten aller Art herumtöben, wie sie ihr ganzes Denken und Handeln auf die möglichst getreue Nach-ahmung der Kriegshandlungen einstellen, der wird die verrothende Wirkung solcher Kriegsspiele auch erkannt haben.

Eine allgemeine militärische Jugend-erziehung wird natürlich — das sehen wir als selbstverständlich voraus — von den Fehlern der planlosen Kinderkriegsspiele die meisten vermeiden. Aber sie wird nicht alle vermeiden können. Es bleibt die Ein-stellung aller Ausbildungsmittel auf einen an sich kulturwidrigen Zweck, und damit bleiben alle Uebel, die aus dieser Zwecksetzung quellen. Eine Jugend-erziehung, die zur Höhe führen will, muß Menschenerhaltung und Menschenerhaltung zum Ziel haben, nicht aber die Menschenernichtung. Eine solche Erziehung schließt die Ausbildung zur Wehrhaftigkeit nicht aus, sondern ein. Aber sie stellt sie nicht in den Mittelpunkt ihrer Arbeit, betrachtet sie nicht als Zweck und Ziel, läßt nicht alles andre daneben verkümmern. Sie will den Menschen wehrhaft machen für alle Lagen des Lebens, will ihn rüsten zu jedem Streit, will ihn befähigen, im Kampf ums Dasein immer und überall seinen Mann zu stellen. Sehr sachkundige Beurteiler betonen übrigens, daß die einseitig militärische Jugend-erziehung selbst als Vorbereitung für die militärische Dienstzeit verfehlt ist, daß eine auf allseitige, harmonische Ausbildung der Menschen gerichtete Erziehung auch in dieser Hin-

nicht mehr leistet. So schreibt z. B. der als Offizier im Felde stehende Oberrealchuldirektor Neuenhof („Monatschrift für das Turnwesen“, S. 172, 1915):

„Dem Militär ist uns wieder und wieder versichert worden, daß unter gewöhnlichen Verhältnissen eine militärische Sachvermittlung nicht wünschenswert ist, ja, daß sie schädlich sein kann. Ein geschickter Turner, ein fleißiger Spieler, ein eifriger Wanderer wird mit Leichtigkeit das Fachmilitärische erlernen. Ich habe in den vergangenen Monaten Hunderte und aber Hunderte von Rekruten gesehen. Die Turner unter ihnen erkannte man mit Leichtigkeit heraus. Die militärische Sachvermittlung hingegen zerstörte, was wir mühsam aufgebaut: den freien, frischen, fröhlichen Betrieb, der so ganz der Jugend gemäß und erzieherisch so wirksam ist.“

Rechnische Urteile ließen sich mehrere anführen. Namhafte Pädagogen haben wiederholt anerkannt, daß die sogenannte Jugendwehrbewegung starke Schwächen hat, daß eine ideal gerichtete allgemeine Jugendziehung geradezu eine Notwendigkeit ist. Eine solche Jugendziehung läßt sich allerdings nur aufbauen unter vertrauensvoller Mitwirkung aller Volksteile. Diese wieder ist vollständig nur zu erreichen bei Ausschaltung aller religiösen und parteipolitischen Sonderbestrebungen und Sonderwünsche. Ob eine solche Ausschaltung aber in dem vom Turnwesen zerrissenen und religiös gespaltenen Deutschland in absehbarer Zeit zu erreichen ist, muß allerdings mindestens bezweifelt werden. Immerhin wäre es, bei allseitigem guten Willen, auch jetzt schon möglich, die Beziehungen zur Jugendziehung fruchtbarer zu machen. Es wäre gar kein übler Gedanke, wenn die Gewerkschaften diese Frage einmal gründlich erwägen und der kommenden Regierungsvorlage ein gewerkschaftliches Jugendziehungsprogramm gegenüberstellen würden.

Aus der Industrie

Die Teerfarbennot im Auslande.

Das Ausfuhrverbot für deutsche Teerfarben trifft das Textilgewerbe der feindlichen und überjenseits neutralen Länder schwer. Je länger der Krieg dauert, um so dringlicher wird die Frage des Fortgangs textiler Produktion in Spinnereien, Webereien, Färbereien und sonstigen Betrieben, die mit der Herstellung von Textilwaren beschäftigt sind. Die Betriebe, die feindlichen Farbstoffe selbst herstellen, mehren sich, aber die erzielten Produkte lassen weit viel zu wünschen übrig. Man kommt nach und nach zu der Einsicht, daß sich Generationen alte Arbeit und Forschung deutscher Teerfarbendamen nicht im Handumdrehen einholen lassen. Für Fortschritte müssen erst ansehnliche Geldmittel aufgewendet werden, sonst wird nichts erreicht. Bekannt ist der bereits weitläufige Versuch der Engländer, die englischen Textilfabrikannten zu veranlassen, die notwendigen Kapitalien zum Bau von Farbenfabriken zu zeichnen und einen fünfjährigen Absetz der Fabrikate zu garantieren. Gerade die anspruchsvollsten Textilindustriellen lehnten das ab.

Der englische Chemiker John Searls unterzählte vor längerer Zeit die Ursachen, die zum Versprung Deutschlands in der Farbensubstanz führten. Er verwies auf die außerordentlich gute Niederpreisbildung der Chemiker und der Arbeiter der deutschen Farbwirtschaft. Er sah auch an der auf diesen Faktoren erhaltenen Bildung nicht gerade, sondern jedes neue Verfahren in ihren Labors und auf ihren wissenschaftlichen und finanziellen Wert prüfen, wobei nicht selten neue Erfindungen gemacht werden. Das Labormaterial sei der Stoff jedes Fabrikates und verbinde bei guter Behandlung den Erfolg.

Als zweite Ursache für die übertragene Stellung der deutschen Farbwirtschaft führt Searls die Ordnungsmäßigkeit, die Disziplin der deutschen Arbeiter in chemischen Fabriken an, denen hierbei ihre wissenschaftliche Ausbildung zuzurechnen komme. Ihre Genauigkeit lasse sie die Sänge der Arbeitszeit und die bestmögliche Bezahlung nicht als Hebel empfinden, sondern sporne sie zu um so größerem Fleiß und verdoppelter Sorgfalt an, was sehr zur Verbilligung der Produktion beitrage und der deutschen Industrie einen Vorsprung vor den Fabriken anderer Länder gewähre, zumeistlich gegenüber England und Amerika.

Hier kommt also der ausländische Chemiker die Ursache für die deutsche Farbwirtschaft zu suchen. Er sieht die Ursache in der übertragene Stellung der deutschen Farbwirtschaft.

Deutschland klingt es bekanntlich anders. Da reden die Organe der Unternehmerverbände und andere im Unternehmerfalsch stehende Wissenschaftler und Literaten von der Begehrlichkeit und Faulheit der Arbeiter, und zwar besonders dann, wenn die Arbeiter einmal Forderungen zur Verbesserung ihrer oft mehr als traurigen Lage stellen. Wir wollen uns deshalb das Urteil des englischen Chemikers, das wir der „Farbenzeitung“ (Nr. 3, 1915) entnehmen, besonders merken für solche Fälle, in denen das Untermertum der deutschen chemischen Industrie wieder einmal über die Begehrlichkeit der Arbeiter zeleert.

Weitere Ursachen des deutschen Vorrangs erblickt Kerschham im deutschen Schulsystem, in der Volkshilfe des Alkohol, in der Niedrigkeit der Eisenbahnfrachten und in der Tätigkeit der Industriebanken. Endlich erachtet Kerschham die „Billigkeit der wissenschaftlichen Ausbildung“ in Deutschland als Ursache der Ueberlegenheit der deutschen Industrie; alle Universitäten und Technischen Hochschulen erhielten große Staatszuschüsse, und jeder wissenschaftlich gebildete Mann könne es in Deutschland zu den höchsten öffentlichen Stellungen bringen. Es komme deshalb nicht auf hohe Anfangsgehälter an, sondern auf die „Sammlung praktischer Erfahrungen“, um sie später gut verwenden zu können.

Wir haben als Arbeiter allerdings noch nichts von billiger Universitätsbildung verspürt. Für die besitzende Klasse mag der Besuch solcher Anstalten im Vergleich zum Ausland billig sein, die Arbeiterklasse könnte nur bei kostenfreier Benutzung von diesen Bildungstätten Gebrauch machen und dementsprechende Vorteile daraus ziehen.

Kerschham meint, daß nur dann die Konkurrenz deutscher Farbenfabriken wirksam bekämpft werden könne, wenn der englischen Farbensubstanz Arbeiter mit Leichten Eigenschaften wie die chemischen Industriearbeiter Deutschlands zur Verfügung stehen. Da sich aber solche nicht so schnell in England beschaffen lassen, so sieht er die einzige Lösung in einem Schulzoll für die englischen Farbstoffe, der hoch genug sein müsse, um der Wirkung der deutschen Vöhrne und Gehälter entgegenzuarbeiten. Da aber der Plan der Regierung nichts davon wissen will, so müsse derselbe mißglücken.

In Amerika hat man sich ebenfalls mit dem Problem, Teerfarben herzustellen, beschäftigt. Der Erfolg ist noch nicht allzu groß. Den Amerikanern stehen zwar große Mengen Rohstoffe zur Verfügung, die sie auch zu Zwischenprodukten verarbeiten, aber Farben können sie nur wenige daraus anfertigen. So plant man denn, den Schweizer Farbenfabriken diese Zwischenprodukte zu senden, damit sie daraus Farben herstellen und an Amerika liefern. Auch neuerer Witterung ist aber dieser Plan zu Wasser geworden, weil fast alle Zwischenprodukte zu Sprengstoffen verarbeitet werden. Die Nachfrage nach solchen ist groß, der Preis enorm hoch. Wer will es dem amerikanischen Kapitalisten verdenken, wenn er die Konkurrenz ausmützt, selbst auf die Gefahr hin, daß die Amerikaner mit ungefähren Anzügen laufen müssen! Die paar Farbstofffabriken der Vereinigten Staaten haben Mühe und Not, so viel Material zu erhalten, daß ihre Produktion nicht zum Stillstand kommt. Naturgemäß erzielen die Farbstoffe der Vereinigten Staaten hohe Preise. Der Mangel an Farbstoffen hat schon Anfang September eine vorübergehende Stilllegung großer Textilbetriebe und Färbereien gezeitigt. Die „Amerikanische Seidenzeitung“, das leitende Fachblatt der amerikanischen Seidenindustrie, schrieb in ihrem Oktoberheft, daß nur eine ausreichende Farbstoffversorgung vor Neujahr das furchtbare Unheil abwenden könne, Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos zu machen. Sie verlangte von der Regierung in Washington energische Schritte zur Behrzung der Not Amerikas. Ob sie damit Glück haben wird, ist noch fraglich.

Naturgemäß befindet sich auch Italien in Farbstoffnot. Die Lage ist ähnlich wie in Deutschland. Die Farbstoffe der Vereinigten Staaten, obgleich es ihm jederzeit sehr leicht fiel, die Farbe zu wechseln. Eine Notiz der „Farbenzeitung“ schildert die Lage folgendermaßen: „In Sevilla“ erhebt der Chemiker Emiliouzzi, Direktor der königlichen Web- und Färbereischule zu Bruto in Toskana, einen Protest wegen des Mangels an Farbstoffen, inwieweit sich die Wolle, Baumwolle, Gut, Papier, Leder usw. Industrien in größter Notlage befinden. Viele Fabriken haben ihren Betrieb bereits einstellen müssen.uzzi fordert die betroffenen Industriellen auf, Geldmittel zusammenzusetzen, um mit der Hilfe der Regierung ein wissenschaftliches Institut und ein industrielles Laboratorium zu gründen, damit Italien in der Zukunft die deutsche Monopolherrschafft auf diesem Gebiet abschütteln könne.“ Solche Forderungen anzustellen ist bekanntlich sehr leicht, sie zu erfüllen ist sehr schwer. Das weiß man auch in Italien. Aus Japan kommen sehr erst in der letzten Zeit. Die Japaner sollen bei ihren Versuchen, gleichwertigen Ersatz für deutsche Farbstoffe zu finden, Erfolg gehabt haben. Es sollen nun in Tokio, Osaka und Fukuoka Anlagen zur Herstellung von Farben errichtet und zu

diesem Zweck sollen 5 Millionen Yen = 21 Millionen Mark aufgebracht werden. Um den Fortgang der Produktion bzw. die Rohmaterialversorgung billig zu sichern, sucht man sich zur Geldhergabe solche Kapitalisten aus, die bereits Anteilscheine bei Gasgesellschaften und anderen chemischen Industrieunternehmen haben. Das japanische Landwirtschaftsministerium soll verpflichtet werden, dem Unternehmer 2400 Tonnen Teerstoff aus dem Regierungsfabrikwerken (D. B.) zur Verfügung zu stellen, um die Preise für Rohmaterial auf einem niedrigen Stand halten zu können. Ferner soll eine jährliche Dividende von 8 Prozent auf die Dauer von 10 Jahren garantiert werden. Man sieht, daß der Plan großzügig ist. Schon vor vielen Jahren haben die Japaner angefangen, ihre Leute auf deutsche Universitäten und in die Laboratorien der größten Teerfarbenfabrik Deutschlands zu senden, so daß es ihnen an gebildeten Farbensachverständigen nicht fehlen wird. Weiter steht ihnen eine weit geringere Arbeiterbevolkerung zu Gebote. Unter Würdigung dieser Umstände ist es nicht ausgeschlossen, daß der mächtige Farbensubstanz Deutschlands im fernem Osten ein ernst zu nehmender Konkurrent entsteht, der dank seiner Eigenschaften, der Anpassungsfähigkeit und Beharrlichkeit in der Verfolgung seiner Pläne sich vielleicht der Farbensubstanz Ostasiens erobern kann.

Die süddeutschen Ziegeleibesitzer und italienischen Arbeiter.

Wie die Unternehmerpresse mitteilt, haben die württembergischen Ziegeleibesitzer sich bei Strafe von 1000 Mk. gegenseitig verpflichtet, künftig keine italienischen Arbeiter mehr zu beschäftigen. Der Beschluß ist ein Ausdruck jener italienfeindlichen Stimmung, die in Deutschland durch das Verhalten Italiens in diesem Kriege hervorgerufen wurde und die sich erklärlich ist. Der Fehler des Beschlusses ist nur der, daß er sich gegen die armen italienischen Proletarier richtet, die auf die Politik ihres Heimatlandes ebensowenig Einfluß haben wie irgend ein Spatz auf die Drehungsrichtung der Erdbügel. Wie es ja überhaupt der Fehler fast all der Kriegsstimmungsmaßnahmen ist, daß sie die Unschuldigen für die Schuldigen büßen lassen.

Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus könnte man den Beschluß durchaus begrüßen. Die italienischen Arbeiter haben sich bei ihren deutschen Kollegen nicht in guter Erinnerung gehalten. Zwar sind einzelne ganz brauchbare und tüchtige Mitkämpfer in der deutschen Arbeiterbewegung geworden, aber die große Mehrzahl der italienischen Arbeiter stand uns gleichgültig und ablehnend gegenüber. Ein nicht kleiner Teil ließ sich zu planmäßigem Streikbruch im Lande herumziehen. Bei mehr als einem Streik, vor allem in Süddeutschland, sind uns die Italiener, allen Ermahnungen zum Trotz, in den Rücken gefallen. Dabei entwickelten sie zuweilen ein Raffinement, zeigten sie so brutalen Eigennutz, daß nur die äußerste Besonnenheit unserer Funktionäre ernste Zusammenstöße verhindern konnte.

Nicht nur bei Streiks, sondern auch in ruhigen Zeiten haben die italienischen Arbeiter in Süddeutschland unsere Bewegung gehemmt. Besonders in Ziegeleien sind sie oft zu unangenehmen Schmutzkonkurrenten geworden. In ganzen Bezirken Süddeutschlands waren deutsche Arbeiter von den Ziegeleien nahezu ausgeschlossen, weil die Italiener zu Akkordarbeiten arbeiteten, bei denen die heimischen Arbeiter nicht auskommen konnten. Also haben wir als Gewerkschaftler gar keinen Grund, den Beschluß der Württemberger Architekten zu bedauern und die italienischen Arbeiter herbeizuführen.

Anderer die Unternehmer, die sich der italienischen Arbeiter als Lohnrücker und Streikbrecher gar zu gern bedienen. Die melden sich auch schon als Gegner des Württemberger Beschlusses. Allerdings nur vorsichtig und mit allerlei Vorbehalten, denn man darf doch gegen den Beschluß nicht allzu entschieden vorgehen, von wegen der Rückschlüsse auf den Patriotismus, die von Uebelwollenden gezogen werden könnten. In der „Deutschen Tischler- und Ziegeleizeitung“ wird die Frage mit der gebotenen Vorsicht behandelt. Einleitend wird gesagt, daß der Beschluß der Architekten, weil er „einer guten patriotischen Absicht“ und der „Entscheidung über unsern abtrünnigen Verbündeten“ entspringt, „nicht gerügt“ werden könne. Dann wird die Frage aufgeworfen, ob eine solche Maßnahme auch in der Ziegeleindustrie durchzuführen sei. Diese Frage wird verneint. Es wird bezweifelt, daß die vielen Handstrichziegeleien Süddeutschlands die Italiener entbehren können. Die deutschen Arbeiter seien in Ziegeleien nicht mehr bewandert, wollten überdies keine Akkordarbeit und keine Saisonarbeit, könnten also die Italiener nicht ersetzen. Diese Begründung ist allerdings mehr als dürftig; sie ist — man darf das wohl auch unter dem Burgfrieden sagen — herzlich dumm. Zunächst gibt es in Deutschland zahlreiche Zieglereien — mehr als in den süddeutschen Handstrichziegeleien Auf-

Druckpapier.

Das gewöhnliche Druckpapier besteht aus Zellulose, die durch einen feinen Siebdruck aus dem Saft von Eichen, Buchen und Birken gewonnen wird. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen.

Das gewöhnliche Druckpapier besteht aus Zellulose, die durch einen feinen Siebdruck aus dem Saft von Eichen, Buchen und Birken gewonnen wird. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen.

Das gewöhnliche Druckpapier besteht aus Zellulose, die durch einen feinen Siebdruck aus dem Saft von Eichen, Buchen und Birken gewonnen wird. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen.

Das gewöhnliche Druckpapier besteht aus Zellulose, die durch einen feinen Siebdruck aus dem Saft von Eichen, Buchen und Birken gewonnen wird. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen.

Das gewöhnliche Druckpapier besteht aus Zellulose, die durch einen feinen Siebdruck aus dem Saft von Eichen, Buchen und Birken gewonnen wird. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen.

Das gewöhnliche Druckpapier besteht aus Zellulose, die durch einen feinen Siebdruck aus dem Saft von Eichen, Buchen und Birken gewonnen wird. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen.

Das gewöhnliche Druckpapier besteht aus Zellulose, die durch einen feinen Siebdruck aus dem Saft von Eichen, Buchen und Birken gewonnen wird. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen.

Das gewöhnliche Druckpapier besteht aus Zellulose, die durch einen feinen Siebdruck aus dem Saft von Eichen, Buchen und Birken gewonnen wird. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen. Die gewöhnliche Druckpapierherstellung ist eine sehr komplizierte Sache. Sie besteht aus mehreren Stufen, die wir hier nicht näher beschreiben wollen.

nahme finden können. — die im Ziegelstreifen bewandert sind, zum andern arbeitet wohl der größte Teil aller deutschen Ziegler in Alford, und zum dritten ist heute auch die Arbeit in den Maschinenzegeleien noch meist Saisonarbeit. Alle drei Ausreden sind also — eben Ausreden. Eigentlich hätte es heißen müssen: Die italienischen Arbeiter sind billiger und williger, deshalb können wir sie nicht ausschließen. Aber eine solche Begründung klingt heute nicht gut.

Nun befürchten die süddeutschen Ziegeleibesitzer, von denen der Artikel in dem Unternehmerblatt ausgeht dürfte, daß sie mit ihrer Haltung bei den Architekten und gar auch bei den Baumeistern Unfrieden erregen könnten. Das wollen sie natürlich gern vermeiden, denn von denen sind sie in erheblichem Maße abhängig. Sie erklären deshalb, es sei bedauerlich, daß die Architekten sich nicht vorher, mit den Ziegler und vielleicht auch mit dem Industriellenverband ins Einvernehmen gesetzt haben. Dabei wird durchblicken lassen, daß die Ziegeleibesitzer bereit wären, für die Verwendung italienischer Arbeiter in Ziegeleien eine entsprechende Grundbesitz für Arbeitslosenlösung aufzustellen. Was damit gemeint ist, geht aus dem Nachsatz hervor, in dem es heißt: „Gerade in dieser Hinsicht würde den italienischen Arbeitern am besten zum Ausdruck gebracht werden können, daß sie heute wesentlich geringerer erzeuge schäftigt werden als früher.“ Das heißt also, man will sich vertraglich den anderen Unternehmern gegenüber verpflichten, die Italiener noch niedriger zu entlohnen als vor dem Kriege. Das ist fürwahr ein recht geringes Opfer, das die patriotischen Ziegeleibesitzer auf sich nehmen wollen. Wir glauben ihnen auch gern und aufs Wort, daß sie zu solchen Entgegenkommen gern bereit sein werden.

Für die deutschen Arbeiter wäre jedoch ein solche Lösung der Italienerfrage die allerbeste. Nicht daran haben sie ein Interesse, daß die italienischen Arbeiter mit niedrigen Löhnen gekürzt werden für die Haltung der Regierung ihres Heimatlandes, sondern daran, daß diese Arbeiter, wenn sie wieder nach Deutschland geschafft werden, dieselben Löhne erhalten und dieselbe Bewegungsfreiheit haben wie die deutschen Arbeiter. Wollten also die Ziegeleibesitzer, etwa unter dem Deckmantel patriotischer Gesinnung, die italienischen Arbeiter schon im voraus durch Vertrag zu Lohnrückern machen, so werden sie die deutschen Arbeiter, wenigstens soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind und die Schäden solcher Verträge erkennen, gegen sich haben. Die Gewerkschaften werden auch nach diesem Kriege die ausländischen Arbeiter als Klassengenossen behandeln; sie werden versuchen, sie für die Organisation zu gewinnen und sie damit als Lohnrücker und Streikbrecher auszuwählen. Daß die Unternehmer, und besonders viele Ziegeleibesitzer, das Gegenteil wollen, ist bekannt, daß sie ihr durchaus nicht uneigennütziges Streben aber gar als Ausfluß patriotischer Gesinnung ausgeben, scheint uns denn doch ein bedenklicher Mangel an Aufrichtigkeit zu sein.

Ziegeleiarbeiter im besetzten Polen.

Zu der Fachpresse wird bekanntgegeben, daß der Bedarf an Ziegeleiarbeitern sowie an gelernten und ungelernten Arbeitskräften im besetzten Gebiet Polens vollständig gedeckt ist. Trotzdem ist das Angebot nach wie vor außerordentlich hart. Außerdem mag darauf hingewiesen werden, daß die Vermittlung beraiterter Arbeitskräfte durch die Arbeitszentrale beim kaiserlichen deutschen Polizeipräsidenten in Warschau (Warezplatz 8) erfolgt. Zur Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter bedarf es der Genehmigung des zuständigen Regierungs- oder Polizeipräsidenten, die dem Untere an die Arbeitszentrale auf Vermittlung beraiterter Arbeitskräfte in Urchrift beizufügen ist.

Unser Verband in der 21. Kriegswoche.

Für die Woche vom 14. bis 20. Februar haben 239 Zahlstellen berichtet, das sind 10 weniger als in der Vormoche. Die Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde, ist jedoch, weil nur kleinere Zahlstellen ausgefallen sind, dafür aber größere wieder berichtet haben, um rund 2000 höher als in der Vorwoche. Es waren in den berichtenden Zahlstellen bei Kriegsbeginn 175 908, am Schlusse der Berichtswoche noch 74 086 Mitglieder vorhanden. Von den fehlenden 101 822 waren 23 252 zum Kriegsdienst eingezogen, so daß der tatsächliche Verlust nur 78 570 gleich etwas über 13 vom Hundert beträgt. Arbeitslos waren in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 260 männliche und 601 weibliche, zusammen 861 Mitglieder. Erwerbsunfähig krank waren 1319 männliche und 354 weibliche, zusammen 1673 Mitglieder. Als Erwerbslosenunterstützung wurden an arbeitslose Mitglieder 2497 Mk., an kranke Mitglieder 11 505 Mk. ausgezahlt.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir veranschaulicht erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingekandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtsstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 Mitgliedern
8. August	17 663	8,5	34 588	16,2
5. September	23 728	11,5	44 429	21,6
3. Oktober	17 329	8,3	48 875	23,4
7. November	9 273	4,5	51 661	25,4
5. Dezember	6 066	3,0	54 428	26,0
2. Januar	6 580	3,2	57 170	27,4
6. Februar	5 340	2,6	60 089	28,2
1. März	3 450	1,7	65 015	30,7
3. April	2 510	1,2	68 453	32,2
1. Mai	1 321	0,6	71 683	33,7
6. Juni	990	0,5	75 692	35,7
3. Juli	919	0,4	78 681	37,2
7. August	802	0,4	81 267	38,7
4. September	828	0,4	83 412	39,2
2. Oktober	692	0,3	85 878	40,7
6. November	672	0,3	88 579	42,2
4. Dezember	628	0,3	90 597	43,7
1. Jan. 1916	1 083	0,5	92 197	44,2
5. Febr. 1916	957	0,5	92 619	44,7
12. Febr. 1916	358	0,2	92 671	44,7
20. Febr. 1916	1 016	0,5	93 517	45,2

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Konferenz im Verbands der Kupferindustrie.

Durch den Tod des bisherigen ersten Vorsitzenden und Sekretärs Scupe machte sich ein Vakuum geltend. Zentral-Kommission und Vorstand, denen nach dem Tode des Verbands diese Stellen, sofern sie sich während einer Vakanzperiode notwendig macht, obliegen, haben den bisherigen zweiten Vorstandsmitgliedern R. Geyt einstimmig den ersten Vorsitzenden und Sekretär des Kupferindustriellen gewählt. Die Stellung als zweiter Vorsitzender und Regimentsleiter wurde unter den Verbandsmitgliedern ausgeschrieben. Unter den vier Bewerber

wurde der bisherige Vorsitzende des Zentralausschusses, Paul Stabe (Dresden), gewählt; er wird zum 1. März 1916 die Stellung antreten.

Eine am 20. Februar 1916 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende Konferenz der Bezirksleiter, des Zentralausschusses und des Verbandsvorstandes beschäftigte diese Wespen. Die Konferenz beschäftigte sich ferner mit der Frage: Wie ist der vor und nach dem Friedensschluss zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit zu begegnen?

Wie der Verbandsvorsitzende Seht hierzu ausführte, ließe sich nicht voraussagen, wie sich die Arbeitsverhältnisse kurz vor Friedensschluss und bei Beendigung des Krieges gestalten werden; mit großer Wahrscheinlichkeit sei anzunehmen, daß die dann sicher eintretende Stagnation in der Industrie auch dem Kupferindustriellen eine größere Arbeitslosigkeit bringen wird. Da ferner zu erwarten sei, daß infolge der enormen Vertiefung der Lebenshaltung, die mit Beendigung des Krieges nicht sogleich schwinden werde, nach Friedensschluss wieder lebhafteste wirtschaftliche Kämpfe einzusetzen werden, so gelte es beizuteilen Vorzeige zu treffen. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, den Zentralausschuß und Verbandsvorstand anzuschreiben, falls die Arbeitslosigkeit einen größeren Umfang annimmt, von den statistischen Ämtern Gebrauch zu machen und rechtzeitig eine Erhöhung der Verbandsbeiträge vorzunehmen; sollte sich auch das nicht als ausreichend erweisen, so möchte eine mäßige Kürzung der Krankenunterstützung erfolgen. Die Arbeitslosenunterstützung soll unter allen Umständen in der statistischen Höhe aufrechterhalten bleiben. Es wurden ferner einige Anträge angenommen, die eine bessere Regelung des Arbeitsnachweises begünstigen; der Zentralvorstand soll als Hauptvermittlungsstelle zwischen den Bezirken wirken.

Von der Buchbinder-Internationale.

Auf der letzten internationalen Konferenz der Buchbinderverbände, die 1913 in Brüssel stattfand, wurde beschlossen, die nächste Konferenz im Jahre 1916 in Christiana stattfinden zu lassen. Das Internationale Buchbinder-Sekretariat in Berlin hat nun aber den angebotenen Verbänden den Antrag unterbreitet, die fällige Konferenz bis auf weiteres zu verschieben, da Papierschwierigkeiten und andre Umstände es manchem Vertreter unmöglich machen würden, die Konferenz zu besuchen. Weiter führt das Sekretariat an: so sehr man darauf rechnen könnte, daß nach dem Kriege die internationale Vereinigung der Buchbinder in alter Weise weiter funktionieren würde, so sei jetzt die durch den Weltkrieg hervorgerufene Spannung unter den kriegführenden Völkern so groß, daß wahrscheinlich nicht alle Verbände sich zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz entschließen würden, selbst wenn ihnen die Möglichkeit gegeben sein sollte. Unter solchen Verhältnissen sei eine richtige Bewertung der beruflichen internationalen Verbindungen auf einer Konferenz zu erwarten sei fraglich, zumal die zukünftige Gestaltung von Handel und Wandel ziemlich dunkel vor uns liege. — Es steht zu erwarten, daß die angebotenen Verbände sich diesen Gründen anschließen und für die Verschiebung der Konferenz sich aussprechen werden.

Kaukonferenz im Gau 12.

Am Sonntag, dem 20. Februar 1916, tagte in Ludwigsfelde im Lokal Bräuterei eine vom Vorstand einberufene Vertrauensmännerversammlung des Gau 12. Beisitzig waren diese von 8 Zahlstellen mit 57 Vertretern. Es erschienen: Ludwigsfelde 30, Rammstein 12, Speier 5, Labenburg 3, Kaiserlautern, Eichenberg und Mandau je 2 und Neustadt 1 Vertreter. Nach Industriesind waren vertreten die chemische Industrie, die Gummi- und Zelluloseindustrie, die Del-, Fett- und Seifenindustrie, die Nahrungsmittelindustrie, die Papierindustrie und die Keramikindustrie. Auf der Tagesordnung stand u. a.: „Die Vertreter wählen der Versicherten“, wüber Arbeitersekretär Genosse Albert Raufert referierte. Der Referent beleuchtete die Wichtigkeit und die Bedeutung dieser Vertreterwahlen, ganz besonders die Bedeutung der Versicherten hinzuzugezogen werden, ferner die Teilnahme an den Genossenschaftsleistungen bei Entgegennahme der Beiträge der leistungsfähigen Mitglieder usw. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Geworkschaftlicher Schriftleiter ergänzte die Ausführungen und gab die Mitteilungen des Vorstandes sowie des Gauvorstandes aus dem Gau 11 bekannt. Notwendig sei, daß sich die Zahlstellen mit dieser Materie weiter beschäftigen.

Hierauf referierte Gauleiter Schreiber über „Unsre Organisation während der Kriegszeit“. Er führte aus, es sei jetzt, auf die zum Kriegsdienst eingezogenen zu warten und erst, wenn sie zurückkämen, die Organisationsarbeiten aufzunehmen. Pflicht der Dabeingebliebenen sei es vielmehr, gerade jetzt die Interessen der Organisation und der Arbeiterschaft zu wahren, damit den Zurückkehrenden Hilfe und Unterstützung zuteil werden könne. Niemand wolle heute, wenn und wie seine Kollegen zurückkämen und welche Aufgaben dann unter harter. Deshalb sei es notwendig, die Dabeingebliebenen an ihre Pflicht zu erinnern. Neben bespauch dann die Mitgliederbewegung, Einnahmen und Ausgaben sowie Leistungen des Verbandes unter besonderer Betonung, daß man jetzt die Maßnahmen des Vorstandes überall verstehen würde. Die Arbeiterschaft im Gau 12 habe unter der Leitung sehr zu leiden. Ein Zeichen der Zeit sei es, daß auf dem Rammsteiner Weidenauer Friedhof das Hund zu 120 Mk. verkauft wurde. Nicht die Ursache einer solchen Teuerung wolle er feststellen, sondern die Tatsache, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter für erheblich verschlechtert sei. Nach weiteren Ausführungen und Anregungen des Referenten schied eine lebhaft Diskussion ein. Unter Punkt 3 der Tagesordnung wurden noch Wünsche und Anträge entgegengenommen. Damit hatte die recht lebhaft und ausregend verlaufene Konferenz ihr Ende erreicht.

Berichte aus den Zahlstellen.

Süterfeld. Das zweite Kriegsjahr 1915 begreifen wir mit der Hoffnung, es möge uns recht bald den ersehnten Frieden bringen. Leider sind wir in dieser Hoffnung getäuscht worden; noch immer ist ein Ende des Krieges nicht abzusehen. Die Lage der Arbeiterschaft ist darunter ungünstig. Die für die Arbeiter fast unerschwinglichen Lebensmittelpreise haben in ihrem Verhältnis zu den Löhnen, Ermöglichtermaßen eine einige Betriebsstörungen ihren Arbeitern eine Teuerungszulage. In der Fabrik erhalten die Arbeiter pro Stunde 8 Pf., was für jedes Kind weitere 1 1/2 Pf. Zulage, die fremden Bekomanten erhalten nur 4 Pf. pro Stunde Teuerungszulage, dazu wochentlich noch 3,50 Mk. Bonitäts. Die gewöhnliche Werte Griesheim zahlen pro Tag 50 Pf. und für jedes Kind 25 Pf. Zulage pro Woche. Das Schloßpöckel Bau-Straß hat 7 Pf. Zulage von Stunde, die Fabrikarbeiten zahlen keine Teuerungszulage. Die finanzielle Entwicklung unserer Zahlstelle war verhältnismäßig günstig. Die Einnahmen der Hauptkassie betragen im Berichtsjahr 12 161,50 Mk., die Ausgaben 3961,86 Mk. und 2136 Mk. Teuerungszulage gegen die Kriegsfamilien. An die Hauptkasse wurden 5733,64 Mk. gesandt. Die Lokalkasse ergab in Einnahme und Ausgabe 4539,86 Mk. Der Lokalkassenbestand hatte eine Höhe von 57181 Mk. zu verzeichnen; eine Folge der festen Einziehung zum Jahresende. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar des Berichtsjahres 595, am 31. Dezember 411 Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind 50 Mitglieder eingezogen, 31 gestorben und 57 vom Militär zurückgeführt. Ausgetreten, gestorben und gestorben sind 66, abgezogen sind zum Jahresende eingezogen 255 Mitglieder. Der Verlust von 181 Mitgliedern konnte nicht wieder wachsmacht werden. Insgesamt sind bis zum Jahresende 508 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen, davon sind 43 bereits gefallen. Ihre Wollen wir auch an dieser Stelle gedenken.

Sonstige des Einberufungen der Männer werden fast überall fransen, Mädchen und jugendliche Arbeiter beschäftigt. Diese für die Organisation zu gewinnen, ist jedoch, die meisten Frauen können mit der Arbeit. „Wir arbeiten doch nur so lange, bis unsre Männer wieder da sind!“ Kriegsbefähigte arbeiten in der Fabrik fast immer in einem kleinen Nebenlokal. Seit II beschäftigt zwei Kriegswunden. Teuerungszulage Frauen werden auf dem gewöhnlichen Wert 1 200 Mann, auf Teil II 50 Mann beschäftigt; je erhalten 50 bis 60 Pf. pro Tag ausgezahlt. Auf dem Geytner Wert in der Grube arbeiten Frauen, ebenso auf Grube „Seppold“ 150 Mann; diese erhalten 50 Pf. pro Tag. Auch in der Zentralkupferindustrie werden Kriegswunden Frauen beschäftigt. Die Zentralfabrik hat 500 Arbeiterinnen. In dieser Fabrik war in einem Aufschlag bekannt gegeben, daß Bekomanten, die Sonntags nicht arbeiten, mit 3 Mk. bezahlt werden sollten. Eines Sonntags war auch ein Teil dieser Arbeiter nicht erschienen. Der Abzug von 2 Mk. erfolgte;

da sich aber die Arbeiter damit nicht einverstanden erklärten, wurden die 2 Mk. wieder zurückgezahlt.

Der Geschäftsgang war hier in allen Betrieben gut. Die chemische Fabrik Griesheim hat sogar während des Krieges zwei Neubauten ausgeführt: Wert III, genannt Säurefabrik, und Wert IV; daselbst werden Artikel zur Kriegsverwendung gearbeitet. In Golpa-Zichornitz wird ein großes Kraftwerk erbaut. Dieses entfendet jetzt schon durch die Weiterleitung den elektrischen Strom zu dem Städtchen Pfeifers bei Wittenberg, zugleich mit dem Maschinenbau erst vor Jahresfrist begonnen worden ist. Gleichzeitig werden von der Gesellschaft viele Arbeiterhäuser gebaut; einige sind schon bewohnt, 50 sind im Rohbau fertig, sind ungefähr noch 300 sind zu bauen. Mancher Arbeiter gibt sich der Hoffnung hin, daß nach dem Kriege eine bessere Zeit beginnt. Diese Hoffnung ist vielleicht berechtigt. Aber die Interessengruppe zwischen Unternehmern und Arbeitern bleiben, und Lohnkämpfe wird es auch nach dem Kriege noch geben. Mögen alle dazu beitragen, daß wir dann gerüstet sind. Hoffen wir, daß das Jahr 1916 uns endlich den Frieden bringt, damit unsre Kollegen in unsre Reihen zurückkehren und wieder mit uns arbeiten können, denn nur: „Bereite Kraft Großes schafft!“ M a r t h a L a m s c h a

Kiel. Unser aller schlauester Wunsch und unsre Hoffnung, daß der völkermordende Krieg im Jahre 1915 sein Ende nehmen möchte, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil, die Wirkungen des Krieges sind immer drückender geworden. Das trifft für unsre zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen sowie für die Dabeingebliebenen zu. Als der Weltkrieg ausbrach, war für die Gewerkschaften die nächste Aufgabe, für die Arbeitslosen und für die Familienangehörigen der zum Heeresdienst eingezogenen zu sorgen. Diese Tätigkeit, die die Gewerkschaften in allen Orten Deutschlands entfaltet haben, wird immer ein Ruhmesblatt für die Gewerkschaften bilden. Die Interessen der noch in Arbeit stehenden Mitglieder wahrzunehmen, war eine weitere dringende Aufgabe für die Gewerkschaften. Auf dem Lebensmittelmarkt hatte eine Steigerung der Preise stattgefunden, die eine Gefahr für die arbeitende Bevölkerung bedeutete. Hier setzte die Tätigkeit der Gewerkschaften im allgemeinen und die unsre Zahlstellen im Jahre 1915 ein. Eine Reihe von Eingaben und Vorschlägen sind den in Betracht kommenden Körperschaften in dieser Hinsicht gemacht worden. Leider haben die Eingaben nicht immer den gewünschten Erfolg gehabt. Die Steigerung der Lebensmittelpreise wurde so arg getrieben, daß die Bezeichnung Hunger die richtige Kennzeichnung war. Um hier einen Ausgleich herbeizuführen, sind verschiedene Eingaben gemacht, haben vielfach Verhandlungen um Gewährung von Lohn-erhöhungen und Teuerungszulagen stattgefunden. Es wurden Teuerungszulagen im Jahre 1915 erreicht für die Arbeiter und Arbeiterinnen vom Munitionsdépot in Dietrichsdorf und vom Munitionsdépot S. B. Bezirksteile Arbeiter erhielten 50 Pf., ledige Arbeiter 25 Pf., verheiratete Arbeiterinnen 30 Pf., ledige Arbeiterinnen 15 Pf. Zulage pro Tag. Beide sind städtische Bezirke. In Betracht kommen circa 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Verprechen, welches dem Reichstagsabgeordneten Brandes von Reichsministerium bei den Verhandlungen in Berlin gegeben wurde, falls die Maßnahmen der Regierung eine weitere Preissteigerung nicht hindern würden (maßgebend hierfür sollten die Feststellungen von Calver sein), sollten weitere Zulagen gewährt werden, ist nicht erfüllt worden.

Die Arbeiter der Margarinefabrik von Seibel, Kiel, wochten vor dem Krieg 30 Mk. pro Woche, davon wurden die Verrechnungsbeträge abgezogen. Nach Ausbruch des Krieges wurden 30 Mk. ohne Abzug, später 33 Mk. ohne Abzug pro Woche gezahlt. Seit Ende des Jahres 1915 liegt der Betrieb wegen Mangels an Rohwaren still. Die Arbeiter sind, soweit sie nicht zum Heeresdienst eingezogen wurden, anderweitig in Arbeit getreten. In Betracht kamen 10 bis 12 Arbeiter, die alle organisiert waren. — Die Arbeiter der Baumaterialienhandlung von Jasperen, Kiel, erhielten 240 Mk. Teuerungszulage pro Woche. — Eine Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage für die in der Fischindustrie beschäftigten Arbeiterinnen hatte den Erfolg, daß 10 Prozent Zulage gewährt wurden. In Betracht kommen circa 500 Arbeiterinnen. Denselben Erfolg hatte unsre Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage für die im Löffelergewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter; auch hier wurden 10 Prozent bewilligt. Zurzeit kommen nur noch 4 Hilfsarbeiter in Betracht. Das Entgegenkommen der Fisch-industriellen wie der Löffelergewerbetreibenden war außerordentlich wertvoll. Seit dem 1. Oktober 1915 wurde auf dem Munitionsdépot in Dietrichsdorf die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt. Bisher erfolgte die Lohnzahlung alle 14 Tage. — Der Teil unsrer Mitglieder, der auf der Werften beschäftigt ist, erhielt folgende Teuerungszulagen: Kaiserliche Werft. Allen im Stundendienst beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen wurde vom 15. März 1915 an eine Zulage bewilligt. Arbeiter, die eine Familie zu unterhalten haben, erhielten 6 Pf. pro Stunde, bis zu einem Höchstbetrag von 54 Pf. pro Tag. Alleinlebende Arbeiter erhielten 3 Pf. pro Stunde bis zum Höchstbetrag von 27 Pf. pro Tag. Arbeiterinnen mit Familie erhielten 4 Pf. pro Stunde bis zum Höchstbetrag von 36 Pf. pro Tag, alleinlebende Arbeiterinnen 2 Pf. pro Stunde bis zum Höchstbetrag von 18 Pf. pro Tag. Der größte Widerstand gegen Gewährung einer Teuerungszulage ist die Vertreter der Privatwerften den Arbeitern entgegen. Trotzdem ist es gelungen, Lohnzulagen zu erreichen. Einen direkten Vorteil haben nur die im Stundendienst beschäftigten Hilfsarbeiter, soweit sie Zulage erhalten haben. Die im Arbeitdienst beschäftigten Hilfsarbeiter haben nur einen indirekten Vorteil, soweit ihr Stundenlohn erhöht ist. Die Arbeitspreise sind nicht erhöht worden. Die Germania-Werft und die Germania-Werft zahlten den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Weihnachtsgeldunterstützung, je nach Dauer der Beschäftigung und der Zahl der Kinder, von 15 bis 100 Mk. Die ledigen Arbeiter erhielten die Hälfte der Höhe. Im übrigen waren die Werftarbeiter gezwungen, Überstunden zu leisten, um einen Ausgleich für die Teuerung herbeizuführen.

Die Beschlüsse der Arbeiter und der Organisationsleitung nicht von dem Erfolg getrübt gewesen, einen großen Ausgleich betriebs der Teuerung herbeizuführen, so steht doch zweifellos fest, daß die Organisation alles versucht hat, um die Interessen ihrer Mitglieder auch in dieser schweren Zeit wahrzunehmen. Es wäre mehr erreicht worden, wenn auch unsre Mitglieder ihre Pflicht und Schuldigkeit besser erfüllt hätten. Sollen Verbesserungen durchgeführt werden, so müssen alle Mitglieder mithelfen. Dies war leider nicht überall der Fall. Auf die Organisation schimpfen, das nicht gemacht wird, selber aber noch nicht einmal den Mut haben, sich an die Organisation zu wenden, diese zu beauftragen, daß etwas geschieht — das heißt schlicht zusammen.

Die Beschäftigung im Zahlstellengebiet kann auch im Jahre 1915 als eine gute bezeichnet werden. An männlichen Arbeitern war dieser die Nachfrage größer als das Angebot. Dagegen hatten die weiblichen Arbeiterinnen unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Das Angebot von weiblichen Arbeitskräften ist während des Krieges bedauernd gesunken. Frauen, deren Männer zum Heeresdienst eingezogen sind, suchen Beschäftigung, um zum Lebensunterhalt mitzubedenken, weil die geschiedene Unterstützung nicht ausreicht. Die Entlassungen von Diensträten vermehren das Angebot ebenfalls. Dieses Angebot von weiblichen Arbeitskräften und der Mangel an männlichen Arbeitern hat den verschiedenen Unternehmungen die beste Gelegenheit, Arbeiterinnen einzustellen. Es gibt wohl kein Gewerbe, wo nicht zuerst weibliche Personen beschäftigt werden. Die damit angetragenen Fragen sind mit die wichtigsten, die die Gewerkschaften jetzt und nach dem Kriege zu lösen haben. Die Ziegeleien und Hartsteinfabriken legen zum größten Teil wegen Mangels an Arbeitskräften sowie Mangels an Hilfsangehörigen still. Die Ziegelei Gampel u. Schmidt, Elmshausen, hat verzinzt, mit 10 bis 12 gefangenen Russen zu arbeiten. In der Hartsteinfabrik Kalla sind infolge Mangel an Rohware, ein. Auch ein Teil des Krieges, weil durch den Kriegszustand ein großes Sanagebiet aus militärischen Gründen nicht in Betracht kommt und die Zulage von Ausländern nicht in dem Maße wie früher erfolgt. Herliche Ware heuante die Russen an und Marinieranfragen nicht soviel herbeizulen, wie verlangt wurde. Wie überall, so leidet auch die Seifenindustrie in Kiel Mangel an Rohware. Die Margarinefabriken haben wegen Mangels an Rohware den Betrieb vollständig eingestellt; ebenso die Del- und Fettfabriken sowie Farbenfabriken. In allen Betrieben, wo für Heereszwecke gearbeitet wird, ist die Beschäftigung gut.

Die Arbeitslosigkeit kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck:
1. Quartal 1915. Zahl der Arbeitslosen 11. Unterstützungszulage 222. Unterstützungsbetrag 137,25 Mk. Weibliche Mitglieder waren davon arbeitslos 8 mit 163 Unterstützungszulagen, wofür 59,55 Mk. Unterstützung gezahlt wurden.
2. Quartal 1915. Zahl der Arbeitslosen 6. Unterstützungszulage 61. Unterstützungsbetrag 43,80 Mk. Weibliche Mitglieder waren

haben arbeitslos 4 mit 37 Unterstützungstagen und 18,10 Wk. Unterstützung.

3. Quartal 1915. Zahl der Arbeitslosen 2. Unterstützungstage 9. Unterstützung 4,50 Wk.

4. Quartal 1915. Zahl der Arbeitslosen 2. Unterstützungstage 19. Beitrag 11,50 Wk.

In 3. und 4. Vierteljahr erhielten nur weibliche Mitglieder Arbeitslosenunterstützung. Soweit männliche Mitglieder sich arbeitslos meldeten, kamen sie über die Karenzzeit nicht hinaus.

Die Jahresabrechnung der Hauptkasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 17.590,70 Wk. ab. An Unterstützungstage wurden ausgezahlt: Arbeiterunterstützung 101,75 Wk., Arbeitslosenunterstützung 197,05 Wk., Krankenunterstützung 3821,80 Wk., Umgangsgeld 120 Wk., Sterbegeld 500 Wk., Weihnachtsgabe 203 Familien, deren Ernährer zum Seeresdienst eingezogen sind 1218 Wk. An die Hauptkasse wurden 8626,84 Wk. gezahlt. Die Jahresabrechnung der Lokalstelle schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 12.518,59 Wk. ab. Als außerordentliche Unterstützung an Mitglieder wurden 60 Wk., als Weihnachtsgabe an 14 Familien, deren Ernährer zum Seeresdienst eingezogen sind, 81 Wk., als Lokalbeitrag an durchreisende Mitglieder 14,40 Wk., als Arbeitslosenunterstützung 170 Wk. ausgezahlt. Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1915 4546,14 Wk. gegen 4055,60 Wk. am Ende des Jahres 1914. Extramarken a 10 Pf. zur Unterstützung der Arbeitslosen wurden 5139 Stück verkauft. Durch freiwillige Sammlungen bei unseren Mitgliedern wurden für die Familien der zum Seeresdienst Eingezogenen, für Verbannten der Eingezogenen und für verwundete Kollegen zusammen 1366,50 Wk. eingebracht. Dreimal konnten wir Mitgliedern, die wir teils geschenkt, teils zu einem billigen Vorzugspreis von der Firma Holborn a. Richter, Fischräuchererei, Kiel, erhalten haben, an unzureichend eingezogenen Mitgliedern, soweit uns deren Identität bekannt waren, helfen. Die Aufschreiben vor unsern zum Seeresdienst Eingezogenen sowie die Aufträge der auf Urlaub genommener Mitglieder beweisen, daß die Mitglieder die auferlegten Leistungen des Verbandes in dieser ersten Zeit zu vollziehen wissen. Dies gibt uns die Gewißheit, daß diese Kollegen als erworbene Kämpfer, wenn der Krieg beendet, in unsere Reihen zurückkehren. Wie wird das unsere „Kleinräucherer“ anrufen werden?

Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Jan. des Berichtsjahres 693 männliche, 132 weibliche, zusammen 825 Mitglieder. Am 31. Dezember 1915 waren noch 533 männliche und 132 weibliche, zusammen 670 Mitglieder, vorhanden. Demnach ist ein Verlust von 155 Mitgliedern zu verzeichnen, wovon 93 zum Seeresdienst eingezogen sind. Eingetretene sind im Berichtsjahr 160 Mitglieder. Von den bis jetzt zum Seeresdienst im ganzen eingezogenen 295 Mitgliedern sind bis Ende des Jahres 1915 31 Mitglieder als gestorben oder gefallen gemeldet. Ihr Erbschaft werden wir in Ehren halten.

Die Agitation wurde erweitert durch die Einberufungen zum Seeresdienst sowie durch die Werbung. Aus denselben Gründen war der Verbandsapparat überfordert. Als weiterer Grund kam hier noch hinzu die Lebensunterhaltung. Durch die Einberufungen zum Seeresdienst wurde die mensche in den Verbandsapparat gerufen; bisher war es jedoch der Überforderung möglich, alle diese Aufgaben zu bewältigen. Den Verbandsmitgliedern fragend, konnten Verbandsmitglieder in der früheren Form nicht funktionieren. Um nicht jede Prüfung mit den Mitgliedern zu verlieren, veranfaßten wir zwei Dezentralisierungen. Die uns zur Verfügung stehenden Kräfte wurden alle verlaßt.

Wir verfahren haben wir bereits, die wichtigsten Funktionen im Jahre 1915 in unsern Jahrsheftgebieten einer Beiprüfung zu unterziehen. Denn unsere Mitglieder die besonderen Umstände, unter denen wir zu arbeiten hatten, in Betracht ziehen, so werden sie mit uns zu dem Ergebnis kommen, daß die Organisation das geleistet hat, was möglich war. Dort wo die Zeit am größten war, hat die Organisation Hilfe geleistet. Soweit die Mitglieder die Hilfe der Organisation in Anspruch nehmen, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, ist alles getan, was möglich war. Die Tätigkeit der Gewerkschaft während der Kriegszeit hat den Zweck ihrer geschäftlichen Kontinuität. Diese Kontinuität wird nun während des Krieges erst recht in die Erscheinung treten. Große Aufgaben stehen uns bevor. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muß die Organisation stark und eifrig sein. Das muß in jeder Hinsicht mit erreicht, haben sie an uns abzugeben in dem Bewußtsein, es in ihre Hände gelegt zu haben. Wir dürfen nicht im Jahre folgenden Kollegen nicht einbringen. Die Organisationskommission, das ist unsere Pflicht. Auch der Zeit des Krieges kommt die Zeit der wirtschaftlichen Kämpfe. Dann müssen wir eifrig sein.

Das letzte Jahrgeschehen am Sonntag, dem 13. Februar, ihre Gedächtnisfeier der Generalversammlung ab. Der Vortrag des Generalsekretärs über: „Meine Hauptaufgabe in Zukunft“ sowie der Jahresbericht der Lokalverwaltung und die Rede über die Bedeutung der Lokalverwaltung waren die wichtigsten Tagesordnungspunkte. Mit großem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Generalsekretärs, der am Schluß seines Vortrages seinen Bericht erstattete.

Der Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Käthe Hertwig. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse vom vierten Quartal 1914 betragen 4546,14 Wk., die Ausgaben 4055,60 Wk., was einen Überschuß von 490,54 Wk. ergibt. Der Kassenbestand am Ende des Jahres 1915 betrug 4546,14 Wk. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalstelle im 4. Quartal 1915 betragen 12518,59 Wk., die Ausgaben 12018,59 Wk., was einen Überschuß von 500 Wk. ergibt. Der Kassenbestand am Ende des Jahres 1915 betrug 12518,59 Wk. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse vom vierten Quartal 1915 betragen 4546,14 Wk., die Ausgaben 4055,60 Wk., was einen Überschuß von 490,54 Wk. ergibt. Der Kassenbestand am Ende des Jahres 1915 betrug 4546,14 Wk.

Die Bilanz des Jahres schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 17.590,70 Wk. ab. An Unterstützungstage wurden ausgezahlt: Arbeiterunterstützung 101,75 Wk., Arbeitslosenunterstützung 197,05 Wk., Krankenunterstützung 3821,80 Wk., Umgangsgeld 120 Wk., Sterbegeld 500 Wk., Weihnachtsgabe 203 Familien, deren Ernährer zum Seeresdienst eingezogen sind 1218 Wk. An die Hauptkasse wurden 8626,84 Wk. gezahlt.

den Ernst der Zeit begriffen haben. Die Versammlung nahm den Bericht mit Befriedigung zur Kenntnis.

Zum dritten Punkt: Statutenänderung und Wiedereinführung der Lokalstellenbesetzung, lag ein Antrag der Ortsverwaltung vor, der nach lebhafter Diskussion gegen zwei Stimmen zur Annahme gelangte. Die Kasse tritt am 15. März dieses Jahres wieder in Kraft. Der Beitrag pro Sterbefall beträgt 15 Pf., davon werden jedesmal 10 Pf. an die Hinterbliebenen der Familienmitglieder als Sterbegeld ausgezahlt. Auch für die Kriegesfrauen die Möglichkeit gegeben, ihre Männer weiterzuversichern. Die alten Mitglieder und die im Felde stehenden treten in ihre alten erworbenen Rechte wieder ein gegen eine einmalige Zahlung von 10 Pf., jedoch muß die Wiedereinmeldung bis zum 1. April erfolgen sein.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Mit einer kurzen Mahnung, auch im kommenden Jahre für die Ausbreitung der Organisation zu arbeiten, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. P. Hertwig.

Küppersberg. Noch immer wollen die Herren in den hiesigen Munitionsbetrieben wegen Abzüge und falscher Berechnung des Lohnes nicht verstimmen. So kommen in den letzten Tagen wieder Beschwerden aus der Karbonisfabrik über Differenzen beim Kolonnenallord. Dieses Allordsystem ist fast unkontrollierbar für die Arbeiter. Während beim Einzellohn der Arbeiter eine Kontrolle über seine geleistete Arbeit führen kann, ist dies beim Kolonnenallord — besonders bei großem Arbeiterwechsel — einfach unmöglich. Da werden mitunter Leute in den Allord mit eingerechnet, die mit der Arbeit gar nichts zu tun haben. Auf diese Art hat der Unternehmer auf Kosten der anderen Arbeiter eine Arbeitskraft frei. Auch werden in genannter Fabrik noch immer ohne vorherige Ankündigung Abzüge gemacht, trotz der Kündigung, die dort besteht. Wenn die Arbeiter zum Gewerkschaftsgericht, oder drohen sie bloß mit dem Gericht, dann zieht die Firma seine und reißt die Sache ein. Die verkauften und die abkommandierten Arbeiter sind „etwas stiller“ denn sie wissen, was ihnen blüht, wenn sie ihr Recht verlangen. Es ist bedauerlich, daß diese Arbeiter dem Unternehmervertrauen so wenig schenken und daß es ihnen noch bedauerlicher, daß es Unternehmungen gibt, die diese Lage der Arbeiter zu ihrem Vorteil ausnutzen. Wenn in der letzten Zeit wo die Kolonnen der Kolonnenfabrik immer noch arbeiten, ohne die Anhöhe Irrfahrten machen gemacht werden. So zeigt dies von wenig Verständnis für den Ernst der Zeit. Eher wäre eine Erhöhung der Löhne angedacht, denn bei der Munitionsherstellung sehen die Arbeiter einen guten Teil ihrer Gesundheit hin, sie verlieren also einen Teil ihres Ansehens während andere Leute dieses vermehren. Ein Arbeiter der Granaten abzieht, der mühsam die ganze Zeit über in den ostpreussischen Provinzen einbringen muß, der soll mit nur 10 bis 12 Wk. pro Schicht verdienen, denn die Lebensweise eines solchen Arbeiters wird naturgemäß eine andere sein, wie die eines Bureauarbeiters. Also darf die Lohnhöhe kein Maßstab zu Abzügen sein, denn der Unternehmer verdient vornehmlich an dem Arbeiter mehr als das Doppelte pro Schicht. — Wunderte ich bei der Monatsversammlung! Die Geschäftsberichte dieses Jahres für Lohn und Gewerbe der direkt Beschäftigten sowie die Gefahr für die ganze Industrie scheint den mancherorts Stellen immer noch nicht genügend beachtet zu sein, denn wenn das System schon längst einen unvollständigen Standpunkt über den Lohnstand erreicht haben. Die allgemeine Lage ist die: Man ist stark besorgt in allen Relationen ohne Ausnahme die Preise so langsam im Friedenstand zu bringen, und wenn die Arbeiter nicht länger ihre Rechte mahnen als bisher, dann werden sie nach dem Krieg schwerer unter die Wägen kommen. W. P.

Saarren. Mit der Hoffnung und dem Wunsch, daß das Jahr 1915 den Völkern den Frieden bringen möge, traten wir in das verfluchte Jahr ein. Ginge man doch häufig am Beginn des Krieges von den Absichtswortern die unerschütterliche Worte: „In Weihnacht werden wir wohl wieder zu Hause sein!“ Es ist nun schon das zweitemal Weihnachten geworden, aber der Krieg tobt weiter. So müssen wir denn leider auch berichten, daß bereits 33 unserer Braven, die mit uns für ein besseres Deutschland gekämpft haben, Opfer des Völkerringens geworden sind. Außerdem sind noch eine Anzahl seit längerer Zeit vermißt, von denen die Angehörigen Verstandes über ihren Verbleib nicht erfahren konnten. Bis Ende Dezember waren insgesamt 453 unserer Kollegen zu Kriegseinsätzen einberufen. Die Mitgliederbewegung im verflochtenen Jahre war folgendermaßen: Es traten ein 14 Mitglieder, ausgetreten sind 87, gestorben 3 und zum Militär wurden einberufen 179 Mitglieder. Demzufolge blieb mit noch ein Bestand von 172 männlichen und 154 weiblichen, insgesamt 326 Mitglieder.

Die Einnahme der Hauptkasse betrug einschließlich eines Zuschusses von 1800 Wk. aus der Hauptkasse 2237,35 Wk. Veranschlagt wurden: Arbeiterunterstützung 420 Wk., Arbeitslosenunterstützung 418,50 Wk., Krankenunterstützung 2134,75 Wk., Sterbegeld 335 Wk., Umgangsgeld 35 Wk., Weihnachtsgabe an die Familien der Einberufenen 2165 Wk., und an die Hauptkasse zurückgekauft wurden 1500 Wk.

Stränge. Ich auch durch das Ende der Mitgliederzahl die Arbeit, so liegt es außerhalb der Handlung. In einem Orte, wo unsere Organisation fast allein in Frage kommt, mag der Angestellte schließlich ein Mitbestimmendes sein. So ist es hier schon immer notwendig gewesen, die Angelegenheiten mit zu bearbeiten. Der Krieg hat nun eine Flut neuer Bestimmungen und Bestimmungen gebracht, die zu beachten und zu befolgen den Mann immer schwerer fällt. So wurde dem in Reichshagen, trotzdem hier auch in dieser Beziehung ein „beter Mitarbeiter“ tätig ist, unsere Hilfe durch 637 Besuche in Anspruch genommen, wovon 294 Fälle körperlich erledigt werden mußten. Auch im Mai gab es eine Anzahl Krankheitsfälle, die über die Bestimmungen vom 3. Dezember 1914 bezüglich Besondere noch nicht klar waren. Ein hiesiger Krankenbeamter jagte beispielsweise zu einer Krankenschwester, die von 15 Wk. Wochenlohn zu bestimmen hatte, lauzog: „Sie haben doch 16 Wk. bekommen!“ Hier mußte dann erst auf Befehl des Beamten eine Bescheinigung gefertigt werden. Ein anderer Mann jagte zu einer Krankenschwester, deren Mann nicht im Felde stand, aber Anspruch auf Entgelt hatte: „Wenn ich noch einmal einen solchen Brief bekommen sollte, schick ihn den sofort zurück.“ Mit dem Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen war nur um Zahlung des Entgeltes ersucht worden. D. H. „Sich werde Ihnen das Geld zahlen, aber haben Sie es auf, denn Sie werden es jedenfalls wieder zurückzahlen müssen!“ Sie nicht sagen da von Dezember bis Mai abgemeldet werden sein? Ein ganz besonderer Fall hatte ein Parteimitarbeiter. Er wurde am 21. Dezember 1914 krank. Nach 14wöchiger Krankheit schrieb ihm jedoch der Arzt als arbeitsfähig. Restlos handelte man der Krankenkasse, denn arbeitsfähig war er nicht und Krankengeld gab es nicht mehr. Außerdem noch drei Besuchen vertragen waren, das Arbeitslohn aber immer noch nicht gehen wollte, auch die Frau mit dem gesund geglaubten Mann an einem anderen Ort. Dieser jagte, der Mann sei schon krank. Ohne die Gewerkschaft wiedererlangt zu haben, kam er am 11. August v. J. Im Oktober wendete sich die Frau wegen Erkrankung des Mannes und Sterbegeldes von der Betriebskrankenkasse, nachdem sich andere bereits dergleichen damit beschuldigt hatten, an mich. Ein Schreiben erging, und sie bekam das Sterbegeld. „Mit dem Krankengeld von der 19. bis 26. Woche wird es zur Lage kommen“, lautet der Krankenschein. Die Frau nahm jedoch von der weiteren Bescheinigung Abstand, weil für sie selbst der Krankengeld eine besondere Unterstützung bedeutete war.

Das sind nur einige Proben, der jeden Mann weiterzuspinnen werden, aber das würde zu weit führen. Als ich Jahresabschluss 1915 im Bericht, wenn ich sag: Jetzt hat die Gewerkschaft keinen Spieß!

Die Jahresabschluss Bilanz, die während der Kampagne mehr Frauen als sonst, und zum Teil auf Statisten beschäftigt, wo früher männliche Arbeiter beschäftigt waren, zeigte der Frauen einen Zuwachs von 1 Wk. Hier gab es eine Kritik in der Presse, und sie behaupten pro Schicht 40 Pf. mehr. Aufzeichnungen sind jetzt nicht geführt worden. Wohl wäre es angebracht der neuen Lohn sehr notwendig, doch auch die eigenen Beiträge — Einnahmen und Ausgaben — ihren Angehörigen, die zum Teil sehr niedrig erhalten werden, den Lohn etwas aufbessern, aber die Arbeiter haben den Mut zu einem Vorstoß noch nicht gefunden. Sie waren zu.

Es mögen wir uns hüten, wenn wir wollen: Wenn jetzt sich ein Feld zur Verfügung. Aber hüten wir uns in welcher Beziehung demgegenüber unserer Tätigkeit gewisse Anstrengungen. Jetzt unser Entgelt nicht und sagen es von dem Werte und der Stärke unserer Verfassungen. Deshalb rufen wir: „Durchhalten!“

Rundschau.

Zum Organisationsrecht der Eisenbahner.

Das Eisenbahnministerium hat eine neue Dienstordnung für die preußisch-hessische Betriebsgemeinschaft herausgegeben, über die in der Tagespresse folgendes mitgeteilt wird:

Bei der Annahme der mit jedem neu eintretenden Arbeiter aufzunehmenden Verhandlung hatte bisher der Vorgesetzte den Neueintretenden u. a. ausdrücklich auf den § 2 Absatz 3 der Gemeinsamen Bestimmungen für Arbeiter aller Dienstwege der preussisch-hessischen Staats-Eisenbahnverwaltung hinzuweisen, der da lautet: „Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich achtsam und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten.“ Diese Vorschrift wurde dann dem Mantel regelmäßig wie folgt erläutert: „Er dürfe dem Transportarbeiterverband (Reichssection der Eisenbahner) sowie überhaupt solchen Vereinen und Verbänden, die die Arbeitseinstellung als zulässig erachten, nicht angehören.“ Als Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen wurde auch das Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Zeitungen und sonstiger sozialdemokratischer Presseerzeugnisse sowie der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen angesehen. Zumindestens wurden die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben. Der — — — erklärte hierauf: „Ich habe die mir gemachten Eröffnungen wohl verstanden, verspreche, sie zu befolgen und erkenne die „Gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstwege“ als Grundlage meines Arbeitsvertrages an.“ Die neue „Arbeiterdienstordnung“ streicht nunmehr die Worte „sozialdemokratischen und anderen“, hält jedoch das Streikverbot, insofern diese des Generalstreiks, aufrecht. An die Stelle der oben erwähnten Anmahnebehandlung tritt jetzt eine kurze Bestätigung der Ausschüttung an den neuen Arbeiter nebst schriftlichem Anerkennnis der „Arbeiterdienstordnung“.

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt dazu: „Uns erscheint diese Neuregelung verfröh. Mindestens hätte man mit ihr doch so lange warten sollen, bis sich klar übersehen läßt, was aus der Sozialdemokratie durch den Krieg geworden ist.“ Uns erscheint diese Neuregelung nicht „verfröh“, sondern sehr verpöndet. Wir meinen, gerade die Kriegszeit hat gezeigt, daß eine solche Verneinung der Sozialdemokratie niemals notwendig gewesen ist. Uebrigens ist sie durchwegs unzulänglich. Die neue „Arbeiterdienstordnung“ bringt nämlich nicht etwa den Eisenbahnern das Koalitionsrecht. Folgende Gegenüberstellung der alten und der neuen Bestimmungen zeigt das.

In den früher gültigen „Gemeinsamen Bestimmungen“ lautete der § 2, Abs. 3:

„Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich achtsam und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten.“

In der neuen Dienstordnung ist es § 3, Abs. 6, der das außerdienstliche Verhalten der Eisenbahner zu reglementieren bestimmt ist; er lautet:

„Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich achtsam und ehrenhaft zu führen und von der Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten. Vereinen und Verbänden, die die Arbeitseinstellung als zulässiges Kampfmittel erachten oder unterstützen, darf er nicht angehören.“

Die Änderung betrifft tatsächlich mehr die Form als den Inhalt. Geht man auf das Wort „sozialdemokratischen“, dafür unterlag aber der neu angeführte Satz die Teilnahme an allen Vereinen und Verbänden, die Arbeitseinstellungen als ein zulässiges Kampfmittel betrachten oder unterstützen. Also selbst solchen Verbänden, die auf das Streikrecht in staatlichen Betrieben verzichten, es aber für Privatbetriebe als zulässig erachten, dürfen die Eisenbahner nicht angehören. So, wenn sie selbst nicht streiken, aber andere Streiks unterstützen, fallen sie schon unter das Verbot. Da kann man es schon verstehen, wenn der „Recht“, das Organ für die Interessen der Eisenbahner, schreibt: „Wir trauen unsern Augen nicht, als wir ein Druckexemplar der Dienstordnung zu Gesicht bekamen. Und so dürfte es wohl den preussischen, hessischen und elsaß-lothringischen Eisenbahnarbeitern allgemein ergangen sein... in den Bestimmungen oder, die von größter Bedeutung sind, nämlich denen, die sich auf das außerdienstliche Verhalten der Eisenbahner beziehen, ist nicht nur von einer Anpassung an die im Laufe der Zeit veränderten Verhältnisse keine Rede, sondern dort sind sogar ganz erhebliche Verbesserungen eingefügt.“

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Große Karten.

Für den Monat Februar sind die grauen Karten bis zum 4. März einzuliefern. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Karte gilt der 26. Februar.

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Heer eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

„Proletarier“ 1914.

Zahlstellen, die noch einzelne Exemplare von Nr. 34 des „Proletariers“ vom Jahrgang 1914 liegen haben, werden erucht, diese an die Expedition des „Proletariers“, Hannover, Nikolaistraße 7, einzuschicken.

Som 22. Februar 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Sofia 200,—, Gienhardt 14,90, Braunschwieg 14,—, Weikens 10,—, Kiel 7,—, Kändrich 300,—, Witten 14,—, Rains 7,50, Lindwasthofen 7,—, Dresden 14,—, Geyrau i. Schl. 6,—, Henssler 7,—, Leipzig 7,—, Kolbert 100,—, Rädel v. Er. 14,—, Kramnitz 200,—, Gronau 63,92, Schweinfurt 9,25, Roswig (Anh.) 7,—, Rindler 7,—, Jena 7,—.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Brindahl 2,70, Geyrau i. Schl. 13,—, Ebnitz 14,50, Gildesheim 12,05.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1915 haben eingefandt: Quernat, Braunschweig, Heidelberg.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
599	Carl Kramling	2. 8. 1868	24. 11. 1908	Braunschweig
398	Hermann Drisch	28. 8. 1870	3. 3. 1904	Berlin

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Jitzan. Gustav Widlich, Roltstraße 15, Joseph Soli, Groß-Friedrich bei Jitzan Nr. 14.
- Jüllingen. J. Waganz, Kaiser-Wilhelm-Straße, „Gießhofs-garten“.